

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 11. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2024)

zum Thema:

**Teilnahme von Vertretern des sogenannten Recherchekollektivs Correctiv bei  
Veranstaltungen an Berliner Schulen**

und **Antwort** vom 26. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. März 2024)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18196

vom 11. Februar 2024

über Teilnahme von Vertretern des sogenannten Recherchekollektivs Correctiv bei  
Veranstaltungen an Berliner Schulen

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Aus einer Antwort des Sprechers der Bundesregierung, Steffen Hebestreit, geht hervor, dass Correctiv-Chefredakteur Justus von Daniels am 28. November 2023 an einer Podiumsdiskussion am Carl-von-Ossietsky-Gymnasium in Pankow teilnahm. (Siehe Berliner Zeitung vom 10.02.2024) Waren dem Senat die Veranstaltung und die Namen der Teilnehmer im Vorfeld bekannt und hat er sie gebilligt?

Zu 1.: Das Carl-von-Ossietsky-Gymnasium handelte hier eigenverantwortlich im Sinne des § 7 Berliner Schulgesetz (SchulG).

2. Waren Vertreter des Senats oder des Bezirksamtes Pankow bei dieser Veranstaltung als Teilnehmer oder Gäste anwesend?

Zu 2.: Es war eine schulinterne Veranstaltung.

3. Kam es während oder am Rande dieser Veranstaltung zu Gesprächen zwischen Vertretern des Senats oder des Bezirksamtes Pankow mit Vertretern von Correctiv?

Zu 3.: Es war eine schulinterne Veranstaltung.

4. Nach Informationen der Berliner Zeitung handelte es sich bei der Veranstaltung im Carl-von-Ossietzky-Gymnasium um eine „Schülerdiskussion“. Wer war der Veranstalter?

Zu 4.: Es war eine schulinterne Veranstaltung. Das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium handelte hier eigenverantwortlich im Sinne des § 7 SchulG.

5. Wurden Schüler des Carl-von-Ossietzky Gymnasiums im Vorfeld der Veranstaltung von Lehrern oder der Schulleitung, insbesondere durch Aushänge oder in Form von Informationen durch die Lehrer, auf diese Veranstaltung hingewiesen?

Zu 5.: Das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium handelte hier eigenverantwortlich im Sinne des § 7 SchulG.

6. Welche Vorkehrungen wurden von Seiten der Schulleitung unternommen, um dem Eindruck einer erwünschten oder gar verpflichtenden Teilnahme durch die Schüler vorzubeugen?

Zu 6.: Das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium handelte hier eigenverantwortlich im Sinne des § 7 SchulG.

7. Wurden die Kosten der Veranstaltung ganz oder teilweise vom Carl-von-Ossietzky-Gymnasium, dem Senat, dabei insbesondere der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, oder dem Bezirksamt Pankow getragen?

Zu 7.: Nein.

8. Wurden die Kosten ganz oder teilweise von Dritten übernommen? Wenn ja, von wem?

Zu 8.: Das Carl-von-Ossietzky-Gymnasium handelte hier eigenverantwortlich im Sinne des § 7 SchulG.

9. Gab es in den vergangenen zehn Jahren weitere Veranstaltungen an Berliner Schulen, an denen Vertreter von Correctiv als Gäste, Referenten bzw. Diskussionsteilnehmer auftraten? Bitte die Veranstaltungen mit Ort und Zeit auflisten.

Zu 9.: Fehlanzeige.

10. Gab es in den vergangenen zehn Jahren andere schulische Veranstaltungen wie etwa Projektwochen, an denen Vertreter von Correctiv als Gäste, Referenten bzw. Diskussionsteilnehmer auftraten? Bitte die Veranstaltungen mit Ort und Zeit auflisten.

Zu 10.: Fehlanzeige.

11. War eine Kooperation mit Correctiv oder die Verwendung von durch Correctiv erstellten oder geförderten Materialien in den vergangenen zehn Jahren Gegenstand der Kommunikation zwischen Senatsverwaltungen und Berliner Schulen?

Zu 11.: Fehlanzeige.

12. Werden oder wurden von Correctiv erstellte oder geförderte Materialien im Unterricht oder in schulischen Projekten an Berliner Schulen verwendet? Bitte die Materialien und Schulen einzeln auflisten.

Zu 12.: Fehlanzeige.

Berlin, den 26. Februar 2024

In Vertretung  
Christina Henke  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie